

Markus Schuck

Politik trifft Hartz IV

Auf dem Weg zu politischer Partizipation:
Projekt des Nell-Breuning-Hauses

Glückliche Gesichter bei den Vertretern des Nell-Breuning-Hauses (NBH) in Berlin: Die AKSB-Mitgliedseinrichtung erhielt bei der feierlichen Verleihung des »Preises Politische Bildung 2011« in der Katholischen Akademie in Berlin den mit 5.000 Euro dotierten zweiten Preis. »Politik trifft Hartz IV. Neue Verbindungen wagen« lautet der Titel des Projekts, für den das NBH den vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geförderten Preis des Bundesausschusses Politische Bildung erhielt. Theo W. Länge, ehemaliger Vorsitzender des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), würdigte das Projekt in Berlin: »Die Herangehensweise ist in der Fortführung beispielhaft: Rund 200 Langzeitarbeitslose diskutierten auf »Augenhöhe« mit Politiker/-innen über die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit – authentisch-lebensnah. Offensichtlich ist es ihnen in dieser Veranstaltung gelungen, aus »der Isolation« auszubrechen und ihre Situation als Langzeitarbeitslose sichtbar zu machen.«

Die preisgekrönte Projektarbeit des NBH fand ihren Anfang mit dem Seminar »Das Leben ist kein Ponyhof – Wege aus der Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit« im Dezember 2009. Teilnehmende waren 22 Beziehende von Arbeitslosengeld II, die an Trainingsmaßnahmen der ARGE in der Städteregion Aachen teilnahmen und zuvor noch nie eine Veranstaltung der politischen Bildung besucht hatten. Um diese Zielgruppe für politische Bildung zu gewinnen, hatte das NBH zuvor Kurzinterviews mit den Teilnehmenden in ihren Maßnahmen vor Ort durchgeführt. Bildung kannten

die Teilnehmenden nur aus dem weit zurückliegenden Schulalltag oder von Qualifizierungsangeboten. Entscheidend war bei dieser Befragung der Abbau von Schwellenängsten und tiefem Misstrauen: »Etwas lernen? Ich kann doch gar nicht gut denken« (O-Ton) oder »Für meine Meinung hat sich noch nie jemand interessiert, ist das wieder so eine Schleichwerbung der ARGE?« (O-Ton) oder »Politische Bildung, so'n Quatsch, als ob ich etwas ändern könnte« (O-Ton) waren typische Antworten.

Das Leben ist kein Ponyhof

Demgegenüber war der Veranstaltungstitel »Das Leben ist kein Ponyhof« allen Teilnehmenden ein vertrauter Begriff. Zum Teil hatten sie diesen Spruch bereits als ablehnende Haltung auf den für sie zuständigen Behörden der Grundsicherung wahrgenommen. Dass sie sich in einer »Chancenlosfalle Langzeitarbeitslosigkeit« befinden, war den Teilnehmenden aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen mehr als bewusst. Attraktiv war für sie das Seminar aber vor allem wegen der neu zu gewinnenden Perspektive, dieser Falle aus eigener Kraft zu entkommen. So verfolgte das Seminar zunächst einen biografischen Zugang zu Erfahrungen und Ressourcen der Teilnehmenden. Im zweiten Teil wurde diese Perspektive geöffnet um die Wahlmöglichkeiten, die sie als Bürger in Politik, Gemeinwesen und Kultur haben. Es zeigte sich, dass die kreative Arbeit in drei verschiedenen Workshops die Zugänge für die bildungsfernen Teilnehmer/innen erleichterte. Obwohl es

die Gemeinsamkeit »Langzeitarbeitslosigkeit« für alle gab, zeigte sich an den unterschiedlichen biografischen Verläufen und Erfahrungen, dass es eine große Variationsbreite im Umgang mit dieser Tatsache gibt. Am Ende des ersten Tages konnte folgendes Resümee gezogen werden: »Langzeitarbeitslosigkeit« ist kein Schicksal, in das man sich fügen muss und aus dem es kein Entkommen gibt.

Der Input am zweiten Tag zur Entstehung und Entwicklung von Arbeitsmärkten und Arbeitslosigkeit ging über diese Folgerung hinaus: Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt. Der Akt des Verlustes der Arbeit ist insofern gewalttätig, als Menschen ohne eigene Entscheidung um ihr existenzsicherndes Einkommen gebracht werden, ihre gesellschaftliche Anbindung verlieren und ihr Recht auf Bildung nur noch eingeschränkt einlösen können. Sie sind angewiesen auf einen Träger, der ihnen einen festgesetzten Anteil an Grundsicherung zukommen lässt.

Diese für die Teilnehmenden durchaus ungewöhnliche Sicht auf ihr »Schicksal« löste unter ihnen Empörung aus und animierte sie zum Weiterdenken. Im Seminar suchten sie nach Wegen politischer Partizipation, um ihre Isolation beenden und sich mit anderen Betroffenen zusammenschließen zu können. Sie planten dazu die weitere Teilnahme und die Organisation eigener Veranstaltungen der politischen Bildung. Mit dem Seminar erhielten sie erste Eindrücke, welche Möglichkeiten der Partizipation bestehen und wie der drohenden gesellschaftlichen Isolation begegnet werden kann.

Bildungsfern und selbstbewusst

In zwei weiteren Seminaren dieses Projekts erarbeiteten die Teilnehmenden Strategien zur Anwerbung weiterer Partner, um im Juni 2010 eine große Tagung vor Ort mit Landespolitikern der Region Aachen zum Thema Hartz IV zu veranstalten. Zugleich bildeten sie aus ihrem Kreis eine Steuerungsgruppe zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Tagungsvorbereitung.

Die drei Foren zur Tagungseröffnung waren »Jugend und Hartz IV«, »50plus und Hartz IV« und »Familie und Hartz IV«. Abschließend diskutierten rund 200 Langzeitarbeitslose auf »Augenhöhe« mit PolitikerInnen über die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit – authentisch-lebensnah, die Situation von Langzeitarbeitslosen sichtbar machend.

Konsequenzen für die politische Bildung und Ausblick

Die Veranstaltung war ein sichtbares Zeichen dafür, dass der oft von Benachteiligtengruppen gehörte Spruch: »Wir können ja doch nichts tun« oder »Wer hört schon auf die Kleinen« keineswegs so gültig ist. Bürgerinnen und Bürger im SGB-II-Grundsicherungsbezug hatten sich gewünscht, mit Politikern ihre Lebenslagen zu diskutieren und um Verbesserungen zu ringen. Am Ende eines halbjährigen Vorbereitungsprozesses war für sie deutlich geworden, dass sie politisch Agierende sein können und wollen. Doch der Anstoß zu dieser Initiative, zum politischen Handeln, muss von ihnen selbst ausgehen, was nicht heißt, dass sie deswegen auf demokratische Lobbyisten verzichten können. Im Gegenteil, ihr Versuch, diese geschickt für ihre politischen und gesellschaftlichen Fantasien einzubinden, war ein großer Erfolg. Mit ihnen zeigten sich das Bildungswerk des DGB NRW, das NBH, der Förderverein für Arbeit, Umwelt und Kultur Herzogenrath sowie der Aachener Trägerdachverband ProArbeit e.V. solidarisch.

In der Konsequenz lässt sich für die Bildungsarbeit schlussfolgern, dass für diese Gruppe bildungsferner Teilnehmer/innen besondere (Werbe-) Maßnahmen erforderlich sind, damit Partizipation für sie als Option sichtbar wird. Dies sind sowohl Maßnahmen der einladenden Einrichtung als auch der Grundsicherungsträger.

Entscheidend wird nun sein, wie nachhaltig alle Beteiligten in der Lage sind, an der Fortsetzung dieses Prozesses zu arbeiten. Aus Sicht der Projektverantwortlichen benötigt die Gesellschaft einen grundsätzlichen Diskurs über die Fragestellung, wie politische Partizipation von Langzeitarbeitslosen strukturell und finanziell in Zukunft ermöglicht werden kann. Denn, so die These des Projektes und aller Beteiligten, nur wenn in Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration auch politische Bildung verankert wird, kann

gesellschaftliche Integration gelingen und damit auch Arbeitsmarktintegration: Die Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die politische Gestaltungskraft von fünf Millionen Menschen zu verzichten. Der Prozess soll weitergehen im Sommer 2011 mit einer neuen Runde im Landtag und Arbeitsminister Schneider. Mit dem Folgeprojekt »Wenn ich in der Politik wäre ...« möchten wir an die Ergebnisse der Tagung anknüpfen, nur dieses Mal den umgekehrten Weg beschreiten. Wir folgen der Einladung von Arbeitsminister Schneider in den Landtag NRW. Auch für dieses neue Projekt wird es wieder eine lange Zeit der Vorbereitung brauchen, denn es ist unser Ziel, mindestens 200 langzeitarbeitslose Menschen zu finden, die im Zentrum der Politik für ihr Anliegen streiten.«



Wutbürger | Der Wähler

Foto: Wolfgang Schmidt